



## Schwarz-Gelb einigt sich auf Elitenbildung

Pressemitteilung von Petra Sitte, 16. Oktober 2009

**„Die Kultusminister haben heute die Chance verpasst, die überfällige Abschaffung der Hürden beim Zugang zum Masterstudium zu beschließen“, kommentiert Petra Sitte die Ergebnisse der Kultusministerkonferenz und fordert: „Das sollten sie schnellstens nachholen“. Die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:**

„Nach dem Wahlkampfgipfel der Bildungsministerin zur Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses hätten Taten folgen müssen. Bachelor- und Master-Studiengänge werden nur dann Anerkennung finden, wenn Studierende ihre Schwerpunkte selbst auswählen und unkompliziert die Hochschule wechseln können. Zudem muss Zeit für das Selbststudium und die für viele Studierende notwendige Erwerbsarbeit bleiben.“

Darüber hinaus leiten CDU und FDP mit ihren Koalitionsbeschlüssen den Anfang vom Ende des BAföG ein. Bildungssparen und Stipendien lediglich für die leistungsstärksten zehn Prozent werden die soziale Spaltung beim Bildungszugang verschärfen“,

kommentiert Petra Sitte Berichte über die Einigung der Koalitionsarbeitsgruppe ‚Bildung, Forschung, Innovation‘.

Die Koalition wird mit diesem Paradigmenwechsel in der Studienförderung nicht mehr junge Menschen aus sozial schwachen oder bildungsfernen Haushalten erreichen. Um die Studierquote in Deutschland zu erhöhen, muss hingegen das BAföG stärker elternunabhängig und zuschussbasiert ausgebaut werden. Elitäre Stipendien sind der falsche Weg.

Auch die geplante staatliche Prämie fürs Bildungssparen wird wie beim Alterssparen mit der Riesterrente vor allem höhere Einkommen prämiieren. Und sie wird Kinder von Eltern unterstützen, die sich sowieso früh Gedanken um eine gute Bildung ihrer Kinder machen.

Der bildungspolitische Auftakt der neuen Koalition steht und fällt aus Sicht der LINKEN zudem mit einem sicher ausfinanzierten Hochschulpakt 2020. Mindestens für mehr und besser ausfinanzierte Studienanfänger-Plätze müssen Bund und Länder die veranschlagten gut sieben Milliarden Euro für 2011-2018 garantieren. Die Fortsetzung des Exzellenzwettbewerbs und Steuergeschenke an Unternehmen in Form einer Forschungsförderung sind angesichts dieser Herausforderung zweitrangig.“